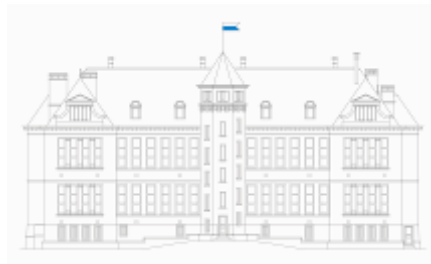


EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

UNGARISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: POLITISCHE SCHWERPUNKTE

Ungarn hat am 01.01.2011 die Ratspräsidentschaft übernommen. Das Arbeitsprogramm steht unter dem Motto „Starkes Europa mit menschlichem Antlitz“ („Strong Europe with a Human Touch“). Als Prioritäten für die Präsidentschaft nennt die ungarische Regierung: Wachstum und Beschäftigung zur Bewahrung des europäischen Sozialmodells, Stärkeres Europa – auf dem Erreichten aufbauen und die Zukunft sichern, eine bürgernahe Europäische Union und verantwortungsvolle Erweiterungspolitik und globales Engagement. Der Beginn der Präsidentschaft wurde von der Debatte um das neue ungarische Mediengesetz überschattet. Auch bei der Vorstellung des Präsidentschaftsprogramms durch Ministerpräsident *Orbán* im Europäischen Parlament (EP) am 19.01.2011 drohen Kontroversen zu diesem Thema.

Die Website der ungarischen Präsidentschaft findet sich in deutscher Sprache unter:

<http://www.eu2011.hu/de>

Das Programm, das nicht auf Deutsch veröffentlicht wurde, findet sich unter:

http://www.eu2011.hu/files/bveu/documents/HU_PRES_STRONG_EUROPE_EN.pdf

TERMINE UNTER UNGARISCHER PRÄSIDENTSCHAFT

Die Termine der Präsidentschaft finden sich unter:

http://www.eu2011.hu/files/bveu/documents/HU_PRES_calendar_2020101201.pdf

ERWEITERUNG: DREI WEITERE VERHANDLUNGSKAPITEL MIT KROATIEN GESCHLOSSEN

Bei der Beitrittskonferenz der EU mit Kroatien konnten am 22.12.2010 weitere drei der insgesamt 34 Verhandlungskapitel vorläufig geschlossen werden. Damit sind jetzt insgesamt 28 Kapitel vorläufig geschlossen. Kroatien ist somit nicht mehr weit vom Abschluss der Verhandlungen entfernt. Von den noch offenen Verhandlungskapiteln sind vor allem zu den Themen Justiz und Grundrechte sowie Wettbewerb noch erhebliche Anstrengungen von



kroatischer Seite erforderlich.

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

UNGARISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMI

Ungarn will das Stockholmer Programm weiter umsetzen und am bis 2012 angestrebten einheitlichen Asylverfahren und Schutzstatus weiterarbeiten sowie dem Schutz der Bürger vor Kriminalität Priorität geben. Dazu soll die Umsetzung der Strategie für die Innere Sicherheit weiterbetrieben und die Sicherung der Außengrenzen der EU weiter verstärkt werden.

<http://www.eu2011.hu/de>

INNENMINISTER DEUTSCHLANDS UND FRANKREICHS LEHNEN DIE FÜR ENDE MÄRZ 2011 GEPLANTE ERWEITERUNG DES SCHENGENRAUMS AB

Die Innenminister haben in einem Schreiben an die Innenminister Belgiens und Ungarns sowie an die zuständige Kommissarin die für Ende März 2011 geplante Erweiterung des Schengenraums und die damit verbundene Abschaffung der Binnengrenzkontrollen zu Bulgarien und Rumänien aufgrund mangelnder Fortschritte bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und der Korruption vorerst abgelehnt.

EINWANDERUNG: LIBE-AUSSCHUSS STREBT RASCHE EINIGUNG IN DER DEBATTE ZUR „RAHMENRICHTLINIE“ AN

Nach Zurückverweisung der Behandlung der Richtlinie an die Ausschüsse durch das EP-Plenum hat sich eine Mehrheit der Abgeordneten im Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) über alle Fraktionen hinweg für eine schnelle Einigung in der Sache ausgesprochen. Ein neuer Berichtsentwurf soll bis zum 14.02.2011 vorliegen.

BERICHTSENTWURF ZUM EINHEITLICHEN ASYLVERFAHREN VORGELEGT

Im Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) wurde ein Berichtsentwurf zur Überarbeitung der Asylverfahrensrichtlinie vorgestellt. Die Abgeordneten können nun bis zum 20.01.2011 ihre Einwendungen vorbringen,



eine Abstimmung im Plenum des EP wird für das erste Quartal 2011 angestrebt.

KOMMISSION LEGT MITTEILUNG ÜBER DIE VERFAHREN FÜR DIE KONTROLLE DER TÄTIGKEITEN VON EUROPOL VOR

Die Kommission hat eine Mitteilung über die „Verfahren für die Kontrolle der Tätigkeiten von Europol durch das Europäische Parlament unter der Beteiligung der nationalen Parlamente“ angenommen. Die Mitteilung fasst die Überlegungen und Meinungen aus dem EP und den nationalen Parlamenten zusammen und gibt einen Überblick über die derzeitigen Kontrollen der Tätigkeit von Europol. Zudem stellt die Kommission Empfehlungen vor, die als Grundlage für künftige Diskussionen im Hinblick auf eine neue Europol-Verordnung dienen sollen.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52010DC0776:DE:HTML>

EUGH: AUSLÄNDERN KANN ZUTRITT ZU COFFEESHOPS UNTERSAGT WERDEN

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat entschieden, dass eine Regelung, wonach nicht in den Niederlanden ansässigen Personen der Zutritt zu sogenannten Coffeeshops verweigert wird, gerechtfertigt ist, da die Einführung von Betäubungsmitteln außerhalb eines überwachten Handels verboten ist. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass die Niederlande eine Politik der Toleranz gegenüber dem Verkauf weicher Drogen verfolgen.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>

EUGH: VERWEIGERUNG DER ANERKENNUNG VON ADELSTITELN KEIN VERSTOSS GEGEN EU-RECHT

Der EuGH hat entschieden, dass die Ablehnung der Anerkennung eines im Rahmen einer Erwachsenenadoption in einem anderen Mitgliedstaat erworbenen Adelstitels aus Gründen der öffentlichen Ordnung gerechtfertigt ist, wenn in dem betreffenden Mitgliedstaat in Ausführung des allgemeinen Gleichheitssatzes die Führung von Adelstiteln oder Standesbezeichnungen durch Gesetz aufgehoben worden ist.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>



Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

UNGARISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMJV

Im rechtspolitischen Bereich wird die ungarische Präsidentschaft die erwarteten Initiativen der Kommission zur Stärkung der Opferrechte und zu verwaisen Urheberrechten sowie die weiteren Arbeiten am (schon lange vorliegenden) Verordnungsentwurf zum Internationalen Erbrecht vorantreiben. Ein weiterer Schwerpunkt liegt bei den laufenden Arbeiten zum EU-Patent im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit.

ROM III-VERORDNUNG FÖRMLICH VOM RAT ANGENOMMEN

Nach der Zustimmung des EP am 15.12.2010 hat der Rat am 20.12.2010 die ROM-III-Verordnung förmlich angenommen, mit der 14 EU-Länder über die verstärkte Zusammenarbeit die Scheidung internationaler Ehen vereinfachen wollen.

INTERNETPLATTFORM GEGEN MENSCHENHANDEL

Am 21.12.2010 hat die Kommission eine Internetseite zum Kampf gegen Menschenhandel eröffnet.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

UNGARISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMF

Ungarn hat am 01.01.2011 die Ratspräsidentschaft für das erste Halbjahr 2011 übernommen. Das Arbeitsprogramm des ersten ungarischen Vorsitzes steht unter dem Motto „Starkes Europa mit menschlichem Antlitz“ („Strong Europe with a Human Touch“). Ein zentrales Projekt im Finanzbereich ist dabei die Einrichtung des permanenten Europäischen Stabilitätsmechanismus für die Zeit ab 2013. Ein weiterer Schwerpunkt im ECOFIN-Rat wird die Durchführung des ersten Europäischen Semesters sein. Über das Legislativpaket zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung soll mit dem EP, wie vom Europäischen Rat (ER) gefordert, bis Juni 2011 eine Einigung erzielt werden. Im Finanzmarktbereich sind wichtige Themen u. a. die Verordnung über OTC-Derivate, die Verordnung über Leerverkäufe, die SEPA-Verordnung, die Einla-



gen-sicherungsrichtlinie, die Eigenkapitalrichtlinie (CRD IV; Umsetzung von Basel III) und die Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (sog. „MiFID-Richtlinie“). Im steuerlichen Bereich will die ungarische Ratspräsidentschaft vor allem eine Einigung über die Zinsbesteuerungsrichtlinie erreichen und das Thema der Besteuerung des Finanzsektors voranbringen. Weiteres Thema könnte u. a. die Energiesteuerrichtlinie werden. Im Haushaltsbereich will sich Ungarn vor allem den Kommissionsvorschlägen zur Umsetzung des Lissabon-Vertrages im Haushaltsbereich und der Überarbeitung der Haushaltsordnung widmen.

http://www.eu2011.hu/files/bveu/documents/HU_PRES_STRONG_EUROPE_EN.pdf

TERMINE UNTER UNGARISCHER PRÄSIDENTSCHAFT

Die Termine der Präsidentschaft finden sich unter:

http://www.eu2011.hu/files/bveu/documents/HU_PRES_calendar_2020101201.pdf

KOMMISSION LEGT JAHRESWACHSTUMSBERICHT VOR

Die Kommission hat am 12.01.2011 den Jahreswachstumsbericht vorgelegt und damit das erste Europäische Semester zur verstärkten wirtschafts- und haushaltspolitischen Koordinierung eingeleitet. Der Bericht enthält folgende zehn prioritäre Maßnahmen: konsequente Haushaltskonsolidierung, Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte, Stabilisierung des Finanzsektors, Erhöhung der Attraktivität von Arbeit, Reform der Rentensysteme, Reduzierung der Arbeitslosigkeit, ausgewogenes Verhältnis zwischen Sicherheit und Flexibilität in der Arbeitsmarktpolitik, Ausschöpfung der Potenziale des Binnenmarktes, Beschaffung von privatem Kapital zur Finanzierung des Wachstums, Kostengünstige Energieversorgung. Neben diesen zehn Maßnahmen spricht sich die Kommission dafür aus, die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) zu überarbeiten. Aus Sicht der Kommission sollen das Volumen des EFSF erhöht und dessen Handlungsmöglichkeiten erweitert werden. Auf der Grundlage des Jahreswachstumsberichts wird es im Februar im Rat eine Orientierungsdebatte mit Schlussfolgerungen geben. Auf dem Frühjahrsgipfel des ER sollen dann zur haushalts- und wirtschaftspolitischen Koordinierung politische Leitlinien festgelegt werden. Im April müssen die Mitgliedstaaten auf dieser Basis ihre Stabilitäts- und Konvergenzprogramme und



nationalen Reformprogramme vorlegen. Im Juli soll der Rat – auf der Grundlage von Stellungnahmen und Empfehlungen der Kommission – die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme bewerten und länderspezifische Empfehlungen aussprechen.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9668_de.htm

EU-RAHMEN FÜR KRISENMANAGEMENT IM FINANZSEKTOR

Die Kommission hatte am 20.10.2010 eine Mitteilung zum grenzüberschreitenden Krisenmanagement im Finanzsektor veröffentlicht. Ziel der Initiative ist, dass Risiken für die Finanzstabilität und Kosten für die Steuerzahler vermieden werden, wenn ein Finanzinstitut in Schwierigkeiten gerät. Bei der am 06.01.2011 eingeleiteten Konsultation geht es um die konkrete Ausgestaltung und die Details des grenzüberschreitenden Krisenmanagements im Finanzsektor. Es werden eine ganze Reihe von Fragen zu den folgenden Themenbereichen aufgeworfen: Anwendungsbereich des Krisenmanagements, verstärkte Aufsicht, vorbereitende und vorbeugende Maßnahmen, frühes Eingreifen der Aufsichtsbehörden, Instrumente und Befugnisse zur Abwicklung von Finanzunternehmen, Sicherstellung einer koordinierten Vorgehensweise bei grenzüberschreitenden Bankengruppen, Finanzierung des Krisenmanagements (Einrichtung von Bankenrettungsfonds aus Mitteln, die von den Banken aufgebracht werden). Die Konsultation läuft bis 03.03.2011. Legislativvorschläge will die Kommission noch vor der Sommerpause vorlegen.

http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2011/crisis_management_en.htm

KONSULTATION ZU ZENTRALEN WERTPAPIERVERWAHRSTELLEN UND ZUR WERTPAPIERABWICKLUNG

Die Kommission hat am 13.01.2011 eine Konsultation über zentrale Wertpapierverwahrstellen und die Harmonisierung bestimmter Aspekte der Wertpapierabwicklung in der EU eingeleitet. Zentrale Verwahrstellen erbringen Dienstleistungen wie etwa die Registrierung, Verwahrung und Abwicklung von Wertpapieren gegen Bezahlung sowie die Verarbeitung von Wertpapiergeschäften. Sie spielen laut Kommission eine wesentliche Rolle bei der Gewährleistung eines sicheren und effizienten Wertpapiertransfers, der größtenteils nur noch in Form von Buchungen erfolge. Sie seien in vielerlei Hinsicht ein zentraler Bezugspunkt für einen ganzen Markt und besäßen damit nach



Ansicht der Kommission Systemrelevanz. Daher sei ein angemessener Rechtsrahmen dringend notwendig. Schlusstermin für Stellungnahmen ist der 01.03.2011 (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/29&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EINFÜHRUNG DES EURO IN ESTLAND

Estland hat am 01.01.2011 erfolgreich den Euro als Zahlungsmittel eingeführt. Estland ist damit neben Belgien, Deutschland, Irland, Spanien, Frankreich, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Portugal, Finnland, Griechenland, Slowenien, Zypern, Malta und der Slowakei der 17. Mitgliedstaat des Euroraums. Estland gehört neben Schweden und Luxemburg zu den wenigen Mitgliedstaaten, gegen die derzeit kein Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits läuft.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

VORSCHLAG FÜR EINE VERORDNUNG DES EP UND DES RATES ÜBER DIE HAUSHALTSORDNUNG FÜR DEN GESAMTHAUSHALTSPLAN DER EUROPÄISCHEN UNION

Die Kommission hat am 07.01.2011 einen neuen Vorschlag für eine Verordnung des EP und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der EU veröffentlicht. Mit diesem Vorschlag führt die Kommission zwei Vorschläge aus dem letzten Jahr zusammen und ersetzt diese. Die beiden aufgehobenen früheren Vorschläge betrafen die Anpassung der Haushaltsordnung an den am 01.01.2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon (siehe EB 05/2010) sowie die turnusmäßig alle drei Jahre stattfindende Revision der Haushaltsordnung, bei der es u. a. um die Einführung von Schwellenwerten für das tolerierbare Fehlerrisiko im Vollzug des EU-Haushalts geht. Letztes Jahr sind die Legislativverfahren zu den beiden Vorschlägen kaum vorangekommen. Daneben enthält der neue Vorschlag die aufgrund der Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) notwendig gewordenen Änderungen in der Haushaltsordnung. Die Kommission strebt ein Inkrafttreten der Verordnung zum 01.01.2012 an.

http://ec.europa.eu/budget/library/documents/sound_fin_management/financial_regulation/com_2010_815_revision_triennale_en.pdf



Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

UNGARISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMWIVT

Die ungarische Präsidentschaft hat am 10.01.2011 ihr Arbeitsprogramm für das erste Halbjahr 2011 der Öffentlichkeit vorgestellt, das den Titel „Ein starkes Europa mit menschlichem Antlitz“ („Strong Europe with a Human Touch“) trägt. Es gruppiert sich um vier Rahmenthemen: Wachstum/Arbeit/Soziales, die Stärkung Europas für die Zukunft, Bürgernähe der EU sowie die Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik. Im operationellen Teil des Programms werden dann einzelne Maßnahmen erläutert, die maßgeblich voran- oder auch zu Ende gebracht werden sollen.

http://www.eu2011.hu/files/bveu/documents/HU_PRES_STRONG_EUROPE_EN.pdf

KOMMISSION STARTET ÖFFENTLICHE KONSULTATION ZUR RICHTLINIE ÜBER BERUFSQUALIFIKATIONEN UND ZU EINEM EUROPÄISCHEN BERUFS AUSWEIS

Die Kommission hat am 07.01.2011 eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie über Berufsqualifikationen (Richtlinie 2005/36/EG) eingeleitet; dies hatte sie in der Binnenmarktakte vom Oktober 2010 bereits angekündigt. Die Richtlinie soll vereinfacht und das Anerkennungssystem benutzerfreundlicher gestaltet werden. Ein Schwerpunkt ist dabei die mögliche Einführung eines behördlich ausgestellten Europäischen Berufsausweises. Die Beteiligten haben die Möglichkeit, sich bis zum 15.03.2011 zu äußern.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/14&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

KONSULTATION ZU MÖGLICHER RAHMENREGELUNG FÜR DEN ZUSAMMENBRUCH VON BANKEN

Die Kommission hat am 06.01.2011 eine Konsultation über eine Rahmenregelung zum Umgang mit einem Zusammenbruch von Banken eingeleitet. Darin schlägt sie Befugnisse und Instrumente für Mitgliedstaaten vor, mit deren Hilfe alle Arten von Finanzinstituten ohne Rückgriff auf den Steuerzahler sollen



saniert werden können. Die Vorschläge konzentrieren sich auf Sanierungsmaßnahmen für Banken und Wertpapierfirmen. Die Kommission sieht die Notwendigkeit einer solchen Regelung, da die Mitgliedstaaten bisher mangels geeigneter Mechanismen für die geregelte Abwicklung keine andere Wahl gehabt hätten als den Bankensektor zu stützen. Staatliche Beihilfen hätten teilweise einen Betrag von 13 % des Bruttoinlandsprodukts erreicht. Die Konsultation erfolgt auf Grundlage der Mitteilung vom 20.10.2010 über einen neuen EU-Rahmen für das Krisenmanagement im Finanzsektor und endet am 03.03.2011.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/10&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KONSULTATION ZU ZENTRALEN WERTPAPIERVERWAHRSTELLEN UND ZUR WERTPAPIERABWICKLUNG

Die Kommission hat am 13.01.2011 eine Konsultation über zentrale Wertpapierverwahrstellen und die Harmonisierung bestimmter Aspekte der Wertpapierabwicklung in der EU eingeleitet. Zentrale Verwahrstellen erbringen Dienstleistungen wie etwa die Registrierung, Verwahrung und Abwicklung von Wertpapieren gegen Bezahlung sowie die Verarbeitung von Wertpapiergeschäften. Sie spielen laut Kommission eine wesentliche Rolle bei der Gewährleistung eines sicheren und effizienten Wertpapiertransfers, der größtenteils nur noch in Form von Buchungen erfolge. Sie seien in vielerlei Hinsicht ein zentraler Bezugspunkt für einen ganzen Markt und besäßen damit nach Ansicht der Kommission Systemrelevanz. Daher sei ein angemessener Rechtsrahmen dringend notwendig. Schlusstermin für Stellungnahmen ist der 01.03.2011.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/29&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EINHEITLICHE LADEGERÄTE FÜR MOBILTELEFONE: NEUE EUNORMEN

Am 03.01.2011 haben die europäischen Normungsorganisationen (CEN/CENELEC und ETSI) auf Initiative der Kommission Standards für ein einheitliches Handyladegerät beschlossen. Mittels eines genormten Micro-USB-Steckers sollen so datenübermittlungsfähige Mobiltelefone verschiedener Hersteller aufgeladen werden können. Die Kommission erwartet, dass die ers-



ten, mit den neuen Normen kompatiblen einheitlichen Ladegeräte und Mobiltelefone in den kommenden Monaten auf dem europäischen Markt erhältlich sein werden. Die Kommission hatte den Normungsauftrag erteilt, nachdem sich im Juni 2009 14 führende Mobiltelefonhersteller in einer Vereinbarung verpflichtet hatten, Ladegeräte für in der Europäischen Union verkaufte und zur Datenübermittlung fähige (d. h. an einen Computer anschließbare) Mobiltelefone zu vereinheitlichen (s. hierzu Beitrag des Geschäftsbereichs IuK- und Medienpolitik in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1776&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KOMMISSION LEGT GESETZESVORSCHLAG ZUR REVISION DER SEVESO-II-RICHTLINIE VOR

Die Kommission hat am 21.12.2010 einen Gesetzesvorschlag zur Revision der Seveso-II-Richtlinie vorgelegt. Die Seveso-II-Richtlinie von 1996 soll Unfälle im Umgang mit gefährlichen Stoffen verhindern und gilt für rund 10.000 Industrieanlagen in der EU. Die Kommission beabsichtigt mit der Änderung, das derzeitige Schutzniveau für die Bevölkerung und die Umwelt ohne erhebliche Auswirkungen auf die Kosten zu verbessern. Dazu sollen strengere Kontrollnormen eingeführt und der Zugang der Öffentlichkeit zu Sicherheitsinformationen verbessert werden (s. hierzu Beitrag aus dem StMUG in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1758&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

UNGARISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMELF

Zum Jahreswechsel hat Ungarn die EU-Ratspräsidentschaft übernommen und in seinem Arbeitsprogramm die Schwerpunkte während der Präsidentschaft vorgestellt. Auf Basis der Mitteilung der Kommission vom 18.11.2010 wird die Debatte über die grundlegende Orientierung der zukünftigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) im Vordergrund stehen. Die Präsidentschaft will eine Annäherung der Positionen der Mitgliedstaaten und einen vernünftigen Kompromiss erreichen. Weitere Schwerpunktthemen sind die Diskussionen zum „Milchpaket“ (s. EB 22/2010) und zum „Qualitätspaket“ für Agrarerzeugnisse



(s. EB 22/2010).

Weitere Information und vollständiges Programm der ungarischen Präsidentschaft unter:

<http://www.eu2011.hu/news/presidency-programme-published>

KOMMISSION ERWARTET STEIGENDE LANDWIRTSCHAFTS-EINKOMMEN BIS 2020

Nach einem Bericht der Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (GD Agri), der am 22.12.2010 veröffentlicht wurde, können die Landwirte in der EU mit einer Erholung ihres Einkommens rechnen. Es wird prognostiziert, dass die landwirtschaftlichen Einkommen im Jahr 2020 um 20 % höher liegen als im Durchschnitt der Jahre 2005 - 2009. Der bisher nur in englischer Sprache veröffentlichte Bericht mit dem Titel „Prospects for agricultural markets and income in the EU 2010 - 2020“ prognostiziert einen Einkommensanstieg in den neuen Mitgliedstaaten, was diese näher an den EU-Durchschnitt herauführe.

Die von der GD Agri und dem Joint Research Centre durchgeführte Analyse basiert auf einem wirtschaftlichen Modell, welches makroökonomische Bedingungen, Wetterverhältnisse und internationale Marktentwicklungen bis Ende September 2010 berücksichtigt. Der Bericht zeigt kein einheitliches Bild. Einerseits schwäche die erwartete Stärkung des Euro die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Exporte, andererseits blieben die EU-Rohstoffmärkte voraussichtlich stabil. Lediglich am Markt für Magermilchpulver gebe es Anzeichen für eine in Zukunft nötige Marktintervention.

Bericht und weitere Information zum Thema unter:

http://ec.europa.eu/agriculture/publi/caprep/prospects2010/index_en.htm

VERKAUF VON MAGERMILCHPULVER BEI DER 13. AUSSCHREIBUNG FÜR MILCHERZEUGNISSE

Experten der EU-Mitgliedstaaten einigten sich am 06.01.2011 beim Verwaltungsausschuss für die Einheitliche Gemeinsame Marktorganisation, 5.396 t Magermilchpulver (MMP) aus dem Interventionsbestand zu verkaufen. Der Mindestverkaufspreis lag bei 212,10 €/100 kg, was einen Kompromiss zwischen den durchschnittlichen EU-Marktpreisen für Fütterungs- (207,70 €/100 kg) und Nahrungszwecke (218,50 €/100 kg) darstellt.



BIOKRAFTSTOFFE KÖNNTEN ABBAU VON TREIBHAUSGASEN DURCH INDIREKTE LANDNUTZUNGSEFFEKTE BEEINTRÄCHTIGEN

Die Kommission hat am 22.12.2010 einen Bericht über indirekte Landnutzungsänderungen im Zusammenhang mit Biokraftstoffen und flüssigen Biobrennstoffen veröffentlicht. Demnach ist es möglich, dass durch die Effekte der indirekten Landnutzungsänderungen die beabsichtigte Minderung an Treibhausgasemissionen, die durch die Verwendung von Biokraftstoffen erzielt werden soll, beeinträchtigt werden kann. Hierbei wird aber auch auf eine Reihe von Unsicherheitsfaktoren bei den angenommenen Modellvorgängen verwiesen. Der Bericht basiert auf Studien, die in den letzten beiden Jahren durchgeführt worden sind. Auf der Grundlage dieser Erhebungen plant die Kommission eine Folgenabschätzung durchzuführen und gegebenenfalls Änderungen der geltenden Rechtsvorschriften (Richtlinie über erneuerbare Energien und Richtlinie zur Kraftstoffqualität) bis spätestens Juli 2011 vorzuschlagen.

http://ec.europa.eu/energy/renewables/studies/land_use_change_en.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

UNGARISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMAS

Ungarn hat als aktueller EU-Ratsvorsitz am 10.01.2011 die Schwerpunkte seiner Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2011 vorgestellt. Im Mittelpunkt des Präsidentschaftsprogramms steht die Konsolidierung der wirtschaftlichen Erholung. Unter der Überschrift „Wachstum, Arbeitsplätze und soziale Eingliederung“ soll die Umsetzung der Europa 2020-Strategie zur Förderung von Beschäftigung und sozialer Eingliederung einen besonderen Schwerpunkt des Arbeitsprogramms bilden. Ungarn strebt eine effektive Umsetzung der Europa 2020-Strategie und eine Konzentration auf die Schaffung von Arbeitsplätzen an.

<http://www.eu2011.hu>

<http://www.eu2011.hu/news/presidency-programme-published>

ARBEITSZEITRICHTLINIE: KOMMISSION LEITET ZWEITE PHASE DER ANHÖRUNG DER SOZIALPARTNER EIN

Die Kommission hat am 21.12.2010 die zweite Phase der Anhörung der



Sozialpartner zur Überarbeitung der europäischen Arbeitszeitvorschriften eingeleitet. Nachdem in der ersten Konsultationsphase (eingeleitet am 24.03.2010, s. EB 06/2010) untersucht wurde, ob überhaupt ein Bedürfnis für eine Änderung der derzeitigen Arbeitszeitbestimmungen besteht, wird in der zweiten Phase nun abgefragt, ob nach Ansicht der europäischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände eine eng oder weit gefasste Überarbeitung der Richtlinie über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung (2003/88/EG) erfolgen soll.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=964&furtherNews=yes>

EU RATIFIZIERT UN-BEHINDERTENRECHTSKONVENTION

Die EU hat am 23.12.2010 die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ratifiziert. Daneben haben sämtliche 27 Mitgliedstaaten die Konvention unterzeichnet. 16 Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, haben sie bereits ratifiziert.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/4&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

EUROSTAT AKTUELL: ARBEITSLOSENQUOTE IN DER EU

Nach Mitteilungen von Eurostat blieb die saisonbereinigte Arbeitslosenquote in der Eurozone im November 2010 auf dem Stand Oktober 2010 bei 10,1 %. Verglichen mit dem Vorjahr stieg die Arbeitslosigkeit damit um 0,2 Prozentpunkte an. Auch in der EU-27 stieg die Arbeitslosenquote um 0,2 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr auf 9,6 % an und blieb damit unverändert gegenüber Oktober 2010. Damit waren nach Eurostat-Schätzungen in der Eurozone im November 15,924 Mio. Menschen und in der EU-27 23,248 Mio. Menschen arbeitslos.

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-07012011-AP/EN/3-07012011-AP-EN.PDF

KONSULTATION ZUR BERUFSANERKENNUNGSRICHTLINIE GESTARTET

Die Kommission hat am 07.01.2011 eine öffentliche Konsultation zur Richtlinie über Berufsqualifikationen (Richtlinie 2005/36/EG) eingeleitet (s. auch EB 18/2010). Mit der Befragung sollen Möglichkeiten gefunden werden, die



Richtlinie, die die gegenseitige Anerkennung der Berufsqualifikationen zwischen den Mitgliedstaaten regelt, zu vereinfachen und benutzerfreundlicher zu gestalten, um dadurch die Mobilität der Berufstätigen zu erleichtern. In der Konsultation geht es u. a. um Überlegungen zur Einführung eines Europäischen Berufsausweises, um den Modernisierungsbedarf bei den Ausbildungsanforderungen, den Nachweis von Sprachkenntnissen und eine verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten z. B. bei Verstößen. Die Frist für die Einreichung von Beiträgen endet am 15.03.2011. Die Ergebnisse der Konsultation sollen in einen Evaluierungsbericht und ein Grünbuch einfließen, die von der Kommission für den kommenden Herbst angekündigt sind. Ein Legislativvorschlag zur Modernisierung der Richtlinie wird im Jahr 2012 erwartet (s. hierzu Beitrag aus dem Geschäftsbereich des StMWIVT in diesem EB).

http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2011/professional_qualifications_de.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

UNGARISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMUK

Bildung und Ausbildung stellen nach Ansicht der ungarischen Ratspräsidentschaft wesentliche Faktoren für die spätere Beschäftigungsfähigkeit, für Wettbewerbsfähigkeit, Innovation, kulturelle Entwicklung sowie soziale Integration dar und tragen dadurch zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Leistung bei. Ungarn will deshalb einen Beitrag leisten, um die bildungspolitischen Kernziele der Europa 2020-Strategie zu erreichen. Zudem soll die Mobilität zu Lernzwecken stärker gefördert und ein Schwerpunkt auf die Beziehungen zwischen Bildung und Beschäftigungsfähigkeit gelegt werden. Im Jugendbereich soll auf der Grundlage der unter spanischer und belgischer Präsidentschaft erzielten Ergebnisse der strukturierte Dialog zur Jugendbeschäftigung fortgesetzt werden.

Das Programm des ungarischen Ratsvorsitzes steht unter folgender Adresse zur Verfügung:

http://www.eu2011.hu/files/bveu/documents/HU_PRES_STRONG_EUROPE_EN.pdf



EUROPÄISCH-CHINESISCHES JAHR DER JUGEND 2011

Die für Bildung und Jugend zuständige EU-Kommissarin *Androulla Vassiliou* und *Wang Xiao*, Präsident des gesamtchinesischen Jugendverbandes, eröffneten am 11.01.2011 offiziell das europäisch-chinesische Jahr der Jugend, mit dem direkte Kontakte zwischen Jugendlichen aus China und Europa, der interkulturelle Dialog, das gegenseitige Verständnis und die Zusammenarbeit verstärkt und ausgebaut werden sollen.

http://ec.europa.eu/youth/focus/focus1864_en.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

UNGARISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMWFK

In den Bereichen Hochschule, Forschung und Kunst nimmt die ungarische Ratspräsidentschaft im Wesentlichen die Themen auf, die bereits auf dem Tisch liegen, wobei sie jeweils einen von Mobilitäts- und Kohäsionsgedanken getragenen, in jeder Hinsicht „mitteleuropäischen“ Ansatz verfolgt. Insgesamt dominiert ausgehend von der Europa 2020-Strategie ein wachstums- und wirtschaftsorientierter Blickwinkel.

<http://www.eu2011.hu/document/programme-hungarian-presidency>

AUSSCHUSS DER WEISEN FORDERT IN SEINEM ABSCHLUSSBERICHT ZUSAMMENFÜHRUNG DES KULTURELLEN ERBES EUROPAS

Am 10.01.2011 wurde der Bericht des „Ausschusses der Weisen“, einer hochrangigen Reflexionsgruppe zur Digitalisierung des kulturellen Erbes Europas (s. EB 08/2010), an die für die Digitale Agenda zuständige Vizepräsidentin der Kommission, *Neelie Kroes*, sowie an die für Bildung und Kultur zuständige Kommissarin, *Androulla Vassiliou*, übergeben. In dem Bericht werden die Mitgliedstaaten u. a. dazu aufgerufen, sich intensiver darum zu bemühen, die in sämtlichen Bibliotheken, Archiven und Museen vorhandenen Sammlungen online ins Netz zu stellen. Alle „öffentlich zugänglichen Meisterwerke“ müssten bis 2016 in der Europäischen Digitalen Bibliothek EUROPEANA (s. EB 08/2010) eingebracht werden. Hierbei werden als Mittel zur Beschleunigung der Digitalisierung des europäischen Kulturgutes sogenannte Private-Public-Partnerships ausdrücklich begrüßt. Allerdings solle die Vorzugsnutzung der digitalisierten Werke durch den Privatsektor sieben Jahre nicht überschrei-



ten. Weiter gefordert werden Transparenz, Ausgewogenheit der Partner und keine Diskriminierung (s. hierzu Beitrag aus dem Bereich IuK und Medienpolitik in diesem EB).

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

UNGARISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMUG

Das Hauptanliegen der ersten ungarischen Ratspräsidentschaft liegt im Umweltbereich im Wesentlichen in der Fortführung bzw. dem Abschluss von Vorhaben aus dem Programm der Triopräsidentschaft (Spanien-Belgien-Ungarn). Unter dem Motto „Ein starkes Europa mit menschlichem Antlitz“ („Strong Europe with a Human Touch“) erwähnt das Arbeitsprogramm besonders die Themen Ausrichtung der Klimaschutzpolitik, nachhaltiges Wassermanagement, Schutz der Artenvielfalt, Anbau von genetisch veränderten Organismen (GVO) und Ressourceneffizienz.

Im Bereich Gesundheit möchte Ungarn einen Schwerpunkt auf die Behandlung des Gesetzgebungsvorschlages zu Patienteninformationen über verschreibungspflichtige Arzneimittel setzen, der von der Kommission in Kürze revidiert wird. Desweiteren beabsichtigt die ungarische Ratspräsidentschaft, die Richtlinie zur grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung nach der zweiten Lesung im EP zum Abschluss zu bringen.

TAGUNG DES RATES DER UMWELTMINISTER AM 20.12.2010 IN BRÜSSEL

Am 20.12.2010 tagte der Rat der Europäischen Union für Umwelt (Umwelt-Rat) in Brüssel. Einen Schwerpunkt bildete die Diskussion der Ergebnisse der UN-Klimakonferenz in Cancún, die grundsätzlich als positiv bewertet wurden. Des Weiteren erzielten die Umweltminister eine politische Einigung zu den Verordnungsentwürfen zur CO₂-Minderung leichter Nutzfahrzeuge und zu Bioziden. Schlussfolgerungen wurden zur Ressourceneffizienz, zur Verbesserung der politischen Umweltinstrumente und zur UN-Biodiversitätskonferenz in Nagoya angenommen. Die scheidende belgische Präsidentschaft gab u. a. Fortschrittsberichte zum Stand der Verhandlungen zum Verordnungsvorschlag für nationale GVO-Anbauverbote sowie zur Richtlinie über Elektro- und Elektronikaltgeräte (WEEE) ab. Im Anschluss an die Übersicht der Erfolge der



belgischen Präsidentschaft erläuterte der ungarische Minister für ländliche Entwicklung, *Sándor Fazekas*, die Ziele der ungarischen Ratspräsidentschaft im Umweltbereich (s. gesonderten Beitrag zur ungarischen Ratspräsidentschaft in diesem EB).

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/envir/118652.pdf

KOMMISSION LEGT NOVELLE DER SEVESO-II-RICHTLINIE VOR

Am 21.12.2010 hat die Kommission einen Vorschlag (KOM(2010) 781 endgültig) zur Revision der Richtlinie 96/82/EG zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen (Seveso-II-RL) vorgelegt. Die Revision wurde erforderlich, um Änderungen der bisherigen EU-Gefahrstoffklassifizierung zu berücksichtigen, die sich durch die Übernahme des weltweit harmonisierten UN-Systems für die Einstufung und Kennzeichnung von Stoffen (UN Globally Harmonised System for the Classification and Labelling of Substances - GHS) ergeben. Außerdem sieht der Entwurf die Einführung verbesserter Informationen für die Öffentlichkeit und strengerer Inspektionsnormen vor. Im Folgenden müssen das EP und der Rat dem Gesetzgebungsvorschlag zustimmen. Die neue Richtlinie soll am 01.06.2015 in Kraft treten.

Vorschlag zur Revision der Richtlinie:

http://ec.europa.eu/environment/seveso/pdf/com_2010_0781_de.pdf

Zusammenfassung der Folgenabschätzung:

http://ec.europa.eu/environment/seveso/pdf/sec_2010_1591_de.pdf

Hintergrundinformationen zur Seveso-II-Richtlinie:

<http://ec.europa.eu/environment/seveso/index.htm>

BIOKRAFTSTOFFE KÖNNTEN ABBAU VON TREIBHAUSGASEN DURCH INDIREKTE LANDNUTZUNGSEFFEKTE BEEINTRÄCHTIGEN

Die Kommission hat am 22.12.2010 einen Bericht über indirekte Landnutzungsänderungen im Zusammenhang mit Biokraftstoffen und flüssigen Biobrennstoffen veröffentlicht. Demnach ist es möglich, dass durch die Effekte der indirekten Landnutzungsänderungen die beabsichtigte Minderung an Treibhausgasemissionen, die durch die Verwendung von Biokraftstoffen erzielt werden soll, beeinträchtigt werden kann. Hierbei wird aber auch auf eine Reihe von Unsicherheitsfaktoren bei den angenommenen Modellvorgängen



verwiesen. Der Bericht basiert auf Studien, die in den letzten beiden Jahren durchgeführt worden sind. Auf der Grundlage dieser Erhebungen plant die Kommission eine Folgenabschätzung durchzuführen und gegebenenfalls Änderungen der geltenden Rechtsvorschriften (RL über erneuerbare Energien und RL zur Kraftstoffqualität) bis spätestens Juli 2011 vorzuschlagen.

http://ec.europa.eu/energy/renewables/studies/land_use_change_en.htm

KONSULTATION ZUR BERUFSANERKENNUNGSRICHTLINIE GESTARTET

Die Kommission hat am 07.01.2011 eine öffentliche Konsultation zur Richtlinie über Berufsqualifikationen (Richtlinie 2005/36/EG) eingeleitet (s. auch EB 18/2010). Mit der Befragung sollen Möglichkeiten gefunden werden, die Richtlinie, die die gegenseitige Anerkennung der Berufsqualifikationen zwischen den Mitgliedstaaten regelt, zu vereinfachen und benutzerfreundlicher zu gestalten, um dadurch die Mobilität der Berufstätigen zu erleichtern. In der Konsultation geht es u. a. um Überlegungen zur Einführung eines Europäischen Berufsausweises, um den Modernisierungsbedarf bei den Ausbildungsanforderungen, den Nachweis von Sprachkenntnissen und eine verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten z. B. bei Verstößen. Die Frist für die Einreichung von Beiträgen endet am 15.03.2011. Die Ergebnisse der Konsultation sollen in einen Evaluierungsbericht und ein Grünbuch einfließen, die von der Kommission für den kommenden Herbst angekündigt sind. Ein Legislativvorschlag zur Modernisierung der Richtlinie wird im Jahr 2012 erwartet (s. hierzu Beitrag aus dem Geschäftsbereich des StMWIVT in diesem EB).

http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2011/professional_qualifications_de.htm

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

UNGARISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DER IUK- UND MEDIENPOLITIK

Im Rahmen der Ratsarbeitsgruppensitzungen „Kultur und Audiovisuelle Medien“ vom 11.01.2011 sowie „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ vom 10.01.2011 wurde das Arbeitsprogramm der ungarischen Ratspräsidentschaft erläutert. Zu den Schwerpunkten im Bereich Audiovisuelles gehören der Schutz von Minderjährigen, die audiovisuelle Inhalte-Industrie sowie die



Befassung mit dem Richtlinienvorschlag zur kollektiven Rechtswahrnehmung. Im Bereich Telekommunikation liegt der Fokus auf der Strategie für die Digitale Agenda, der Frequenzpolitik sowie dem Schutz kritischer Infrastrukturen.

TERMINE UNTER UNGARISCHER PRÄSIDENTSCHAFT

Siehe Geschäftsbereich „Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament“ in diesem EB.

KOMMISSION KÜNDIGT PRÜFUNG DES NEUEN UNGARISCHEN MEDIENGESETZES AN

Ungarn, das am 01.01.2011 erstmals die EU-Ratspräsidentschaft übernommen hat, steht wegen seines zeitgleich in Kraft getretenen neuen Mediengesetzes europaweit und international in heftiger Kritik. Das umstrittene Gesetz wird derzeit auch im EP kontrovers diskutiert. Kritiker fürchten durch die von der Mitte-Rechtsregierung beschlossene Verschärfung des Medienrechts eine Pressezensur. Die Kommission hat eine Prüfung zur Vereinbarkeit des Gesetzes mit EU-Recht angekündigt, sobald dieses notifiziert sei. Sollte sie zu dem Schluss kommen, dass Ungarn damit gegen EU-Recht verstößt, hat Ungarns Ministerpräsident *Viktor Orbán* bereits angekündigt, zu Änderungen bereit zu sein (s. hierzu Beitrag aus dem Bereich „Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament“ in diesem EB).

AUSSCHUSS DER WEISEN FORDERT IN SEINEM ABSCHLUSSBERICHT ZUSAMMENFÜHRUNG DES KULTURELLEN ERBES EUROPAS

Am 10.01.2011 wurde der Bericht des „Ausschusses der Weisen“, einer hochrangigen Reflexionsgruppe zur Digitalisierung des kulturellen Erbes Europas (EB 08/2010), an die für die Digitale Agenda zuständige Vizepräsidentin der Kommission, *Neelie Kroes*, sowie an die für Bildung und Kultur zuständige Kommissarin, *Androulla Vassiliou*, übergeben. In dem Bericht werden die Mitgliedstaaten u. a. dazu aufgerufen, sich intensiver darum zu bemühen, die in sämtlichen Bibliotheken, Archiven und Museen vorhandenen Sammlungen online ins Netz zu stellen (s. hierzu Beitrag aus dem Geschäftsbereich des StMWFK).



EINHEITLICHE LADEGERÄTE FÜR MOBILTELEFONE: NEUE EUNORMEN

Am 03.01.2011 haben die europäischen Normungsorganisationen (CEN/CENELEC) und (ETSI) auf Initiative der Kommission Standards für ein einheitliches Handyladegerät beschlossen (EB 13/2009). Mittels eines genormten Micro-USB-Steckers sollen so datenübermittlungsfähige Mobiltelefone verschiedener Hersteller aufgeladen werden können. Die Kommission erwartet, dass die ersten, mit den neuen Normen kompatiblen einheitlichen Ladegeräte und Mobiltelefone in den kommenden Monaten auf dem europäischen Markt erhältlich sein werden.

BARROSO SPRICHT MIT DELEGATION EUROPÄISCHER VERLAGE ZUR ZUKUNFT DES BUCHES IM INTERNETZEITALTER

Am 10.01.2011 fand in Brüssel ein Treffen zwischen dem Kommissionspräsidenten, *José Manuel Barroso*, und dem Präsidenten des Verbands der Europäischen Verleger (FEP), *Fergal Tobin*, statt. Die FEP-Delegation begrüßte vor allem die Kommissionsinitiativen zur Geltung des Urheberrechtsschutzes auch im Zeitalter des Internets sowie die mit dem Grünbuch angestoßene Debatte zur künftigen Gestaltung des Mehrwertsteuersatzes in der EU. Ausdrücklich befürwortet wurde in diesem Zusammenhang die Hinterfragung der unterschiedlichen Besteuerung von Print-, Audio- und E-Books. *Tobin* zeigte sich beruhigt darüber, dass gerade in Zeiten, in denen die Branche durch die Einführung von Tablet-PCs und das Aufkommen von E-Books durch eine Phase großer Veränderungen gehe, die EU den Wert des Verlagswesens in einer demokratischen Gesellschaft anerkenne und unterstütze.